

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit

G 8619

NETZ
বাংলাদেশ

Bangladesch Zeitschrift 3/2010



Flechten am sozialen Netz

Soziale Sicherung in Bangladesch

NETZ - Bangladesch Zeitschrift
Nr. 3, 32. Jahrgang, 30.09.2010

Die NETZ-Ausgabe 4/2010 hat den
Arbeitstitel: „Ressourcenkonflikte“

NETZ kämpft für Menschenwürde und gegen Hunger in Bangladesch. Partnerschaftlich und professionell unterstützt NETZ Selbsthilfe – für Ernährung, Bildung und Menschenrechte.

NETZ macht mit bei:



IMPRESSUM

Herausgeber: NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V. / Moritz-Hensoldt-Str. 20 – 35576 Wetzlar / Telefon: 06441 – 26585 / Fax.: 06441 – 26257 / E-Mail: zeitschrift@bangladesch.org / ISSN: 1619-6570

v.i.S.d.P.: Niko Richter
Layout: Moritz Marbach
Titelfoto: Max Stille

Redaktion: Anna Bucur, Ines Burckhardt, Kai Fritze, Patrizia Heidegger, Heiko Herold, Moritz Marbach, Heike Proelß, Ingo Ritz, Dirk Saam, Anja Scholz.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: 20€ / Einzel exemplar: 5€.

Inhalte dieser Ausgabe

THEMA: SOZIALE SICHERUNG

Die Bedürftigsten gehen oft leer aus

Schwieriger Zugang zum sozialen Sicherungsnetz.
Von Lisa Wevelsiep **S. 6**

Wer profitiert wirklich?

Soziales Sicherungsnetz in Bangladesch.
Von Peter Davis **S. 8**

Das System von Grund auf überarbeiten!

Interview mit Binayak Sen zu den Mängel des staatlichen Sicherungsnetzes und seinen Lösungsvorschlägen. **S. 12**

Kontrolle von unten

Dorfgruppen erstreiten Zugang zum sozialen Sicherungsnetz.
Von Peter Dietzel und Kai Fritze **S. 15**

POLITIK & GESELLSCHAFT

Wichtige Ereignisse in und um Bangladesch auf einen Blick. Zusammengestellt von Patrizia Heidegger, Niko Richter und Dirk Saam. **S. 18**

NETZ aktiv

Neuigkeiten zur Arbeit der Ehren- und Hauptamtlichen von NETZ und Aktionen in Bangladesch und Deutschland. **S. 20**

KULTUR

Der Krieg hatte begonnen

Zeitzeugenbericht 1971.
Von Meghna Guhathakurta **S. 24**



Dirk Saam
Referent für
Entwicklungspolitik

Liebe Leserin, lieber Leser,

wie hoch ist das Existenzminimum in Deutschland und was folgt daraus für den Staat, um Bedürftige dabei zu unterstützen, ihre materiellen Bedürfnisse zu befriedigen? Wie kann der Staat darüber hinaus ihr Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben gewährleisten? Deutschland diskutiert gegenwärtig, ob Kinder von Bedürftigen Gutscheine erhalten sollen, damit sie Bildungs- und Freizeitangebote wahrnehmen können.

Und in Bangladesch? Hartz IV für 30 Millionen extrem Arme? Grundschule per Gutschein? Leistungen im Rahmen des staatlichen Sicherungsnetzes werden vermehrt als Instrument der Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern angesehen. In Bangladesch bilden die Familien, die Nachbarn und die Dorfgemeinden das wichtigste Netz zur sozialen Grundsicherung für Menschen, die es nicht aus eigener Kraft schaffen, ein Leben unter menschenwürdigen Bedingungen zu führen. Verwandte, Nachbarn oder Gemeindemitglieder nach Unterstützung zu fragen, hat aber in Bangladesch seit jeher auch Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen und Machtstrukturen manifestiert. Und in vielen Fällen ist das soziale Umfeld selbst so arm, dass nicht geholfen werden kann.

Bangladesch baut gegenwärtig ein System staatlicher Unterstützungsleistungen für Bedürftige auf. Doch wie funktioniert das soziale Sicherungsnetz in einem Land, in dem 30 Millionen Menschen extrem arm sind. Und sind staatliche Transferleistungen ein wirksames Instrument zur Reduzierung extremer Armut?

Ab Seite 6 zeigt die NETZ-Freiwillige Lisa Wevelsiep, welche Probleme Dorf-

bewohner beim Zugang zu Transferleistungen haben. Bangladesch-Experte Peter Davis erklärt auf den Seiten 8-11 welche Mechanismen dafür sorgen, dass Anspruchsberechtigte von Programmen zur sozialen Sicherung häufig nicht von diesen profitieren. Hierzu nimmt auch der renommierte Wissenschaftler Binayak Sen vom Bangladesh Institute for Development Studies im Interview ab Seite 12 Stellung.

Peter Dietzel und Kai Fritze zeigen schließlich (Seite 15 folgend), wie Dorfbewohner Druck von unten aufbauen, um Zugang zu Alten- oder Witwenrenten zu erstreiten. Außerdem zeigen sie, wie Programme der sozialen Sicherung Bestandteil einer sich auf Selbsthilfe konzentrierenden Entwicklungszusammenarbeit sein können.

Ab Seite 20 finden Sie Neuigkeiten zur Arbeit der Ehren- und Hauptamtlichen von NETZ und Aktionen in Bangladesch und Deutschland.

Meghna Guhathakurta, Wissenschaftlerin aus Bangladesch, hat als Kind den bangladeschischen Unabhängigkeitskrieg von 1971 miterlebt und ihre Erlebnisse in einem Zeitzeugenbericht festgehalten. Die eindrucksvolle Dokumentation ist ab Seite 25 zu lesen.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Dirk Saam



শ্রী সত্যজিৎ রায়
বাক্য-কথা-নিবন্ধের বই
শ্রী সত্যজিৎ রায়

শ্রী সত্যজিৎ রায়
বাক্য-কথা-নিবন্ধের বই



Die Bedürftigsten gehen oft leer aus

TEXT: NIKO RICHTER / FOTO: LISA WEVELSIEP

Das staatliche soziale Sicherungsnetz in Bangladesch ist aktuell aus etwa 30 Programmen geflochten. Es soll jene Menschen auffangen, die es nicht aus eigener Kraft schaffen, ein Leben unter menschenwürdigen Bedingungen zu führen. Zu den Anspruchsberechtigten gehören beispielsweise die ärmsten Familien, Witwen und Menschen mit Behinderungen. Personen die 65 Jahre

oder älter sind können, so fern sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen (siehe Seite 10), eine staatliche Altersversorgung erhalten. Doch viele der Bedürftigen gehen leer aus – so auch lange der 1922 geborene Choturi Das, oben im Bild. Lesen Sie mehr auf den folgenden Seiten über seinen schwierigen Zugang zum sozialen Sicherungsnetz. >>



Foto: Rolf K. Wegst

Die Bedürftigsten gehen oft leer aus

Schwieriger Zugang zum sozialen Sicherungsnetz

VON LISA WEVELSIEP

Choturi Das sitzt auf der Lehmstufe vor seinem Haus. Man merkt ihm sein hohes Alter von 88 Jahren an. Doch sobald er von früher erzählt, hellt sich sein Gesicht auf und er wirkt auf einen Schlag um Jahre verjüngt. Zwar ist damals auch nicht alles perfekt gewesen, wie er sich eingestehen muss, aber zumindest verfügte er über eine feste Anstellung in einer Schuhfabrik und damit über ein regelmäßiges Einkommen.

Heute sieht die Situation für ihn anders aus. Seine Frau starb im Unabhängigkeitskrieg 1971, seine einzige

Tochter, mit der er zusammenlebt, kann keine Anstellung finden und sein Schwiegersohn und er selbst versuchen durch Schuhreparaturen den Lebensunterhalt der Familie sicherzustellen. Choturi Das ist aufgrund seines Alters körperlich kaum in der Lage zu arbeiten. Zugleich fehlt ihm die Einbettung in eine Großfamilie, die für seinen Lebensunterhalt aufkommen könnte. Er ist Angehöriger einer Minderheit: den Robidas. Diese gehören zu den Dalits, die früher „Unberührbare“ genannt wurden. Die Haupttätigkeit der Robidas ist die Verarbeitung toter Tiere, beispiels-

weise als Schuster oder Gerber. Da diese gesellschaftlich als unrein angesehen wird, sind sie nicht selten zusätzlichen Diskriminierungen ausgesetzt. So ist Choturi Das Angehöriger von zwei gesellschaftlich benachteiligten Gruppen, die als besonders gefährdet gelten in Armut abzurutschen oder in dieser zu verharren: er ist alt und gehört einer Minderheit an.

Aus dem Gedanken heraus, dass alle Menschen in Situationen geraten können, in denen sie sich nicht selber helfen können ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, entstan-

den soziale Sicherungsprogramme. Auch in Bangladesch existieren solche Programme. Seit einigen Jahren gibt es auch eine staatliche Altersversorgung. Auf dem Papier sind die Aufnahmekriterien in das Programm für die Anspruchsberechtigten eindeutig: Alter, Einkommen und Besitz grenzen den Anspruch ein. In der Realität sieht es hingegen anders aus. Studien zeigen, dass die Gemeinderäte, die in den meisten Fällen für die Verteilung zuständig sind, oft die Unterstützung von parteipolitischen oder persönlichen Interessen abhängig machen oder gar an Verwandte und Bekannte weitergeben. Wer keine Beziehungen hat oder keine Bestechungsgelder zahlt, erhält normalerweise nichts.

Choturi Das wusste bis vor einem Jahr nichts über die Existenz solcher Programme des sozialen Sicherungsnetz. Als ihm schließlich ein Nachbar davon berichtete, begab er sich gleich am nächsten Tag zum Gemeinderat, um zu erfahren, ob er bezugsberechtigt sei. „Dort wurde ich sehr schlecht behandelt. Keiner interessierte sich für meine Situation, keiner stellte Nachfragen. Stattdessen wurde mir mitgeteilt, dass ich nichts bekomme und ich wurde angewiesen zu gehen“, erinnert er sich.

„Hätte die NGO Research Initiatives Bangladesch nicht Anfang 2010 im Dorf zu arbeiten begonnen, hätte ich sofort aufgegeben“, sagt Choturi Das. Die Organisation hatte eine Dorfgruppe gegründet, die sich mit dem im Juli 2009 in Kraft getretenen Gesetz „Recht auf Information“ befasst. Hier erfahren die Menschen ihre Rechte und tauschen sich über Wege aus, wie sie diese einfordern können. Munda Das, Mitarbeiter der Organisation, hatte ihn und einige weitere ältere und bedürftige Personen motiviert, mit ihm erneut den Gemeinderat aufzusuchen.

NETZ 3/2010

Das Recht auf Information trat in Bangladesch am 1. Juli 2009 in Kraft. Es ermöglicht insbesondere bei Regierungsbehörden, aber auch bei anderen Stellen wie NGOs, Auskünfte über Aufnahmekriterien in bestimmte Programme oder über die Verwendung von Steuergeldern einzuholen. Das oben genannte Pilotprojekt versucht mit der Umsetzung dieses Gesetzes, die Lebensbedingungen der Mitglieder von fünf Projektgruppen, alle Angehörige von religiösen oder indigenen Minderheiten, in verschiedenen Teilen Bangladeschs zu verbessern.

„Die meisten Angehörigen der Robidas haben in ihrem Leben viel Diskriminierung erfahren und selbst wenn sie versucht haben für ihre Rechte zu kämpfen, hatten sie häufig keinen Erfolg. Deswegen sehen die wenigsten von ihnen Sinn darin, Behörden anzusprechen“, stellt Munda Das, selbst ein Robidas, fest. In seiner Begleitung wurde die Gruppe zwar freundlicher behandelt, aber immer noch bekamen sie lediglich die Antwort, dass keine Unterstützung möglich sei. Doch diesmal gaben sie nicht auf. Sie reichten eine Beschwerde bei der nächsthöheren Behörde ein und diesmal zeigten ihre Bemühungen Erfolg. Sie erhielten vier Plätze im staatlichen Programm zur Altersversorgung.

Seit einem halben Jahr erhält nun auch Choturi Das ungefähr 3,20 Euro monatlich. Das Geld verwendet er zur Deckung der alltäglichen Lebenshaltungskosten. Auf Anraten Munda Das versucht er monatlich etwas Geld für Krankheitsfälle oder sonstige unvorhergesehene Ausgaben zurückzulegen. „Es ist immer noch ein großes Problem, verbindliche Informationen über Aufnahmekriterien und Leistungen offizieller Programme des sozialen Sicherungsnetz zu erhalten. Auch uns wurden die Plätze zugeteilt, ohne dass jemand detailliert geprüft hätte, ob wir überhaupt

empfangsberechtigt sind“, berichtet Munda Das. „Die Beamten haben Angst, dass wir auf solchen Auskünften aufbauend in Zukunft weitere Unterstützung einfordern werden.“

Aber auch eine Offenlegung der Vergabekriterien und die Verbreitung der Informationen werden kaum alle Probleme lösen können. Die Regierung Bangladeschs stellt nur rund 2,5 Prozent des Haushaltes für Programme des sozialen Sicherungsnetzes zur Verfügung. Um alle bedürftigen Haushalte zu erreichen, müssten die Ausgaben deutlich gesteigert werden. Eine weitere Verbreitung der Informationen zu diesen Programmen birgt aber die Hoffnung, dass eine breite öffentliche Diskussion darüber angeregt werden kann, wie die wenigen Ressourcen so verteilt werden können, dass sie wirklich den Bedürftigsten zugute kommen. Doch bis dahin scheint es noch ein weiter Weg zu sein.



Lisa Wevelsiep hat von September 2009 bis August 2010 einen entwicklungspolitischen Freiwilligendienst mit NETZ in Bangladesch gemacht.



Foto: Lisa Wevelsiep

Wer profitiert wirklich?

Soziales Sicherungsnetz in Bangladesch

VON PETER DAVIS

Im Jahr 1974 soll der damalige US-Außenminister Henry Kissinger Bangladesch als ein Fass ohne Boden bezeichnet haben. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1971 lebten 70 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Hungersnöte und politisches Chaos folgten. Trotzdem sehen wir heute, dass sich Kissinger geirrt hat. Während der letzten Jahre ist der Anteil der Menschen, die in Armut leben, auf 40 Prozent gefallen und die Lebenserwartung gestiegen. Auch viele andere Indikatoren zur menschlichen Entwicklung haben sich verbessert, etwa die Einschulungsrate für Mädchen, die 2001 bei 41 Prozent lag. 1981 waren es nur 17 Prozent gewesen.

Diese Erfolge sind auch gekoppelt

an eine offene Volkswirtschaft und an ein Wachstum in der Exportindustrie von Bekleidung und Textilien. Ferner hat sich die politische Situation des Landes trotz vieler Rückschläge stabilisiert. Diese positiven Entwicklungen wurden von vielen nicht vorausgesehen. Sie gehen auch zurück auf Anstrengungen von bangladeschischen NGOs, die beispielsweise Mikrokredite in fast jedem Dorf verfügbar machten und damit kleine Unternehmensgründungen und landwirtschaftliche Produktion ermöglichten.

Herausforderungen und Probleme

Diese Erfolge sollten anerkannt werden. Dennoch gibt es eine Vielzahl von Herausforderungen und

Problemen in Bangladesch. Eine Gesellschaft kann danach beurteilt werden, wie sie ihre bedürftigsten Mitglieder behandelt. Und in dieser Hinsicht gibt es noch viel zu tun. Extreme Armut und Elend bleiben in Bangladesch bestehen, eine wachsende Ungleichheit zwischen „Gewinnern“ und „Verlierern“ ist zu beobachten. Der Erfolg von NGOs mit Mikrokrediten lässt sich nicht übertragen auf Programme für die Ärmsten. Die bestehenden staatlichen Unterstützungen für die Ärmsten sind schlecht koordiniert und finanziert, teils korrupt und leiden unter administrativer Ineffizienz. So kämpfen diese Menschen noch immer gegen den Hunger, besonders wenn sie krank oder behindert sind oder gesellschaftlich

isoliert werden und ihre Erwerbsfähigkeit verlieren.

Forschungsprojekt zu extrem Armen

Ein Langzeitforschungsprojekt zu 2.000 Haushalten in Bangladesch, an dem ich mitgearbeitet habe, zeigt: Die wichtigste soziale Absicherung für die Ärmsten wird durch informelle Beziehungen zu Verwandten, Freunden, Nachbarn und Arbeitgebern garantiert. Doch einige von ihnen nutzen dieses Abhängigkeitsverhältnis aus. Zudem nehmen viele der Ärmsten sehr schlecht bezahlte Arbeit an, die zusätzlich oft auch noch gefährlich ist. Eine Abwärtsspirale ist zu beobachten: Armut verursacht oft Krankheit und Krankheit führt häufig zu Armut.

Da die effektivsten Formen sozialer Absicherung informell sind, gehören diejenigen mit nur schwachen oder wenigen sozialen Beziehungen zu den Verlierern, auch Haushalte von alleinstehenden, geschiedenen, verwitweten oder verlassenen Frauen. Auch einige gesellschaftliche Gruppen sind besonders betroffen: indigene und religiöse Minderheiten, Sexarbeiterinnen, Straßenkinder, Bewohner entlegener Regionen, wie den Schwemmlandinseln und den Chittagong Hill Tracts, und von zyklon- und hochwassergefährdeten Regionen.

Es gibt einige offizielle Programme im Bereich der sozialen Grundsicherung, die die Ärmsten als Zielgruppe haben. Diese haben allerdings einige Defizite, die ich im Folgenden kurz erläutere.

Koordination

Es gibt ungefähr 30 offizielle Programme zur sozialen Grundsicherung in Bangladesch. Eine große NETZ 3/2010

Anzahl internationaler Geldgeber finanziert diese Programme, viele Ministerien und NGOs sind an der Implementierung beteiligt. Generell ist eine schlechte Koordination unter den verschiedenen Programmen zu beobachten. Die komplizierten Finanzierungs-

„Weniger als die Hälfte der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, profitieren von einem offiziellen Programm zur sozialen Grundsicherung.“

Umsetzungsmechanismen verhindern, dass die ärmsten Menschen ihre Rechte kennen und in Anspruch nehmen können. So kann eine inklusives und umfassendes soziales Sicherungsnetz in Bangladesch nicht erreicht werden.

Reichweite

Weniger als die Hälfte der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, profitieren von einem offiziellen Programm zur sozialen Grundsicherung. In den meisten Regionen Bangladeschs gibt es sehr viele Menschen, die eigentlich Empfänger dieser Leistungen sein sollten, es aber nicht sind. Die mangelhafte Koordinierung zwischen den einzelnen Programmen führt dazu, dass viele der Bedürftigsten gar nicht berücksichtigt werden. Zudem sind die angebotenen Leistungen, zum Beispiel in Programmen wie „Geld für Bildung“ (Cash for Education Programme) oft zu niedrig, um Menschen aus der Armut zu befreien.

Korruption

Die Auswahl der Bedürftigen für die Teilnahme an den Program-

men ist oft ungenau und intransparent. Korruption, die politisch motivierte Auswahl der Teilnehmenden und Vetternwirtschaft sind üblich. Die Veruntreuung öffentlicher Mittel ist ein Problem, insbesondere in Programmen, bei denen Getreide wie Reis ausgeteilt wird, beispielsweise „Essen für Arbeit“ (Food for Work Programme). Durch diesen Ausgabemechanismus sollte eigentlich erreicht werden, dass die Bedürftigsten direkt Nahrung erhalten. Doch durch die auch hier weitverbreitete Korruption bleiben die Ärmsten in der Regel auf der Strecke und die ökonomisch besser situierten Gruppen profitieren. Dies schwächt die Anstrengungen zur Armutsbekämpfung und Bemühungen zur gesellschaftlichen Stärkung der Ärmsten und ihre aktiven Teilnahme als Staatsbürger in der Gesellschaft.

Auch im Justizsystem gibt es Probleme durch Korruption. Eine Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten wird wegen Mitgiftzahlungen, Gewalt, Landbesitz und anderen Dorfstreitigkeiten angestrengt. Darunter auch viele Falschanklagen. Diese beschäftigten die dörflichen Rechtsinstanzen, verursachen Kosten und enden meist zum Nachteil der Armen.

Ausgabemethoden und Ermessensspielraum

In vielen Programme der sozialen Grundsicherung können lokale Politiker und Beamte ihre politische Macht und ihren Einfluss ausbauen, da sie über die Verteilung der zur Verfügung stehenden Ressourcen entscheiden und so Teile davon, die eigentlich den Ärmsten zustehen, sich selbst aneignen können. Programme, bei denen Geld direkt auf die Bankkonten der Empfänger überwiesen werden, sind dafür weniger

anfällig. Beispiele hierfür sind die staatliche Altersversorgung oder Unterstützungsleistungen für verwitwete, verlassene oder verarmte Frauen. Dennoch haben auch hier Offizielle, wie der Bürgermeister und die Mitglieder der Gemeinderäte, ausreichend Gelegenheit, von diesen Programmen persönlich zu profitieren. In der Regel gibt es mehr anspruchsberechtigte Bedürftige, als Plätze in den Programmen. Der daraus resultierende Ermessensspielraum der Offiziellen birgt die Gefahr, dass sie aus der Verteilung politischen und ökonomischen Profit schlagen. Es ist gang und gebe, dass man die Teilnahme an einem Programm nur durch eine Gegenleistung erreicht. Die Verteilung richtet sich so nicht nach der Bedürftigkeit einer Person, sondern nach ihrer

Mitgliedschaft in einem sozialen oder politischen Netzwerk.

Dieser Ermessensspielraum in der Verteilung untergräbt auch Rückmeldungen der Zuwendungsberechtigten zur Funktionsfähigkeit der Programme und verhindert damit die Möglichkeit einer auf den Bedürfnissen der Betroffenen basierenden Weiterentwicklung der Programme. So wird diesen auch auf der politischen Agenda und bei Wahlen keine besondere Bedeutung beigemessen. Die Unterstützungsleistungen werden nicht als Recht jedes Bürgers verstanden, sondern als Instrument lokaler Politiker, um ihr Ansehen zu verbessern.

Verschuldung

Verschuldung ist eines der Probleme, das durch unzureichende soziale Absicherung der Ärmsten entsteht. Als Folge nehmen die Bedürftigen oft gefährliche oder gesellschaftliche stigmatisierende Beschäftigungen an. Notwendige medizinische Kosten oder die Tradition der Mitgiftzahlungen verschlimmern ihre Not weiter. Oft so sehr, dass sie nicht einmal mehr in der Lage sind, ihren Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen.

Es ist eine weit verbreitete Annahme, dass die Ärmsten Kleinunternehmer werden können und so der Armut entfliehen. Dies ist jedoch für viele der ärmsten Menschen sehr unrealistisch, insbesondere für diejenigen, die aufgrund

Programme zur sozialen Sicherung

Programme zur sozialen Sicherung

Dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen zufolge gibt es in Bangladesch über 30 offizielle Programme zur sozialen Sicherung. Die Zahl schwankt, da neue Programme dazu kommen und alte Programme auslaufen. Die meisten dieser staatlichen Unterstützungsleistungen werden in bar oder als Nahrung an die Bedürftigen ausgegeben. Im Folgenden werden beispielhaft vier dieser Programme kurz vorgestellt.

„Nahrungsmittel für die Bedürftigsten“ (*Vulnerable Group Feeding*)

Infolge von Naturkatastrophen erhalten Bedürftige, ohne Gegenleistung, für den Zeitraum von drei Monaten 10 kg Getreide monatlich. Im Haushaltsjahr 2007-2008 erhielten 7,5 Millionen Menschen diese Unterstützung.

„Entwicklung für die Bedürftigsten“

(*Vulnerable Group Development*)

Frauen erhalten in diesem Programm von einem Zeitraum von 18 bis 24 Monaten eine feste Arbeit. Zusätzlich nehmen die Frauen während dieser Zeit an Weiterbildungen, insgesamt 150 Stunden zu Themen wie Marktzugang, Gesundheit und Bildung, teil.

„Staatliche Altersversorgung“ (*Old Age Allowance*)

Das Programm richtet sich an Personen, die 65 Jahre oder älter sind, mit einem jährlichen Einkommen von weniger als 21 Euro und keinem festen Arbeitsplatz. Die Teilnehmenden, von denen die Hälfte Frauen sein müssen, erhalten monatlich 3,20 Euro Beihilfe ohne dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen. Aktuell sind knapp 7 Prozent der Bevölkerung Bangladeschs im zuwendungsfähigen Alter, also über elf Millionen Men-

schen. 2009 erhielten offiziellen Angaben zufolge zwei Millionen Menschen diese Unterstützung.

„Stipendium für Grundbildung“ (*Primary Education Stipend Programme*)

Bezugsberechtigt sind Kinder aus folgenden armen Familien: frauengeführte Haushalte, Familien ohne regelmäßiges Einkommen, Familien deren Mitglieder im Niedriglohnsektor beschäftigt sind und Familien die weniger als 0,2 Hektar Land besitzen. Familien mit einem schulpflichtigen Kind erhalten monatlich umgerechnet 1,10 Euro. Familien mit mehr als einem schulpflichtigen Kind bekommen insgesamt maximal 1,30 Euro im Monat. 2009 wurden in dem Programm insgesamt 54 Millionen Euro Beihilfe für 5,8 Millionen Grundschüler aufgewendet. 40 Prozent dieser Kinder stammen aus extrem armen Familien. Das Geld wird auf das Konto ihres Vormundes überwiesen.



Foto: Zahidul Karim Salim

Grundschüler im Englischunterricht: 2009 erhielten 5,8 Millionen Kinder ein monatliches Stipendium.

von Beschränkungen der Erwerbsfähigkeit arm geworden sind, etwa durch Krankheit, durch eine Behinderung oder durch soziale Stigmatisierung. Infolgedessen nehmen viele der Ärmsten in erster Linie Mikrokredite auf, um kurzfristige Krisen zu bewältigen und verschulden sich so viel öfter, als dass sie sich mit dem Kapital selbstständig machen können. Im Rahmen der zuvor genannten Studie gaben 37 Prozent der Befragten an, dass sie Mikrokredite zur Krisenbewältigung und zum sofortigen Konsum aber nicht zur Einkommensgewinnung aufgenommen haben. Die größten Gewinner sind dabei langfristig die Kreditgeber, die relativ hohe Zinsen für die Kredite verlangen. Dies bedeutet nicht, dass Mikrokredite für Arme immer abträglich sind. Neben ihrer Vergabe sind aber unbedingt effektivere Unterstützungsmechanismen für die Ärmsten im Krisenfall nötig, um deren Verschuldung nicht zu verschlimmern.

Altersarmut ist ein wachsendes Problem in Bangladesch. Das Zusammentreffen einer immer älter werdenden Bevölkerung, von kleineren Haushalten, kontinuierlichem Druck auf Eltern, ihre Güter für eine Mitgift zu verkaufen und eine teure Gesundheitsfürsorge tragen insbesondere zur Verschuldung der älteren Armen bei. Da sie oft auf relativ teure private Krankenhäuser angewiesen sind, verschulden sie sich oder müssen ihr Eigentum veräußern.

Fazit

Bangladesch hat in vielen Bereichen beachtliche Erfolge vorzuweisen. Eine der Herausforderungen für die Zukunft ist es, die Ärmsten an diesen Erfolgen teilhaben zu lassen. Ein Teil der Lösung liegt darin, die Anstrengungen im Bereich der Grundsicherung besser zu koordinieren, um so die sozialen Rechte der Ärmsten zu stärken und sie vor den langfris-

tigen Schäden extremer Armut zu schützen.



Peter Davis koordiniert die Arbeit der Forschungseinrichtung Social Development Research Initiative in Bath, Großbritannien. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit ist Bangladesch, wo er bereits mehrere Jahre arbeitete. Dieser Artikel ist eine gekürzte Version seines Beitrags auf der Tagung des deutschen Netzwerkes Bangladesch Forum im April 2010 in Berlin.

Übersetzung: Ines Burckhardt

Das System von Grund auf überarbeiten!

Mängel des staatlichen Sicherungsnetzes und Lösungsvorschläge

Binayak Sen ist Forschungsdirektor am Bangladesh Institute for Development Studies (BIDS). Im Interview mit NETZ geht er den Fragen nach Reichweite und Effizienz des staatlichen Sicherungsnetzes in Bangladesch nach.

NETZ: Herr Sen, in Bangladesch gibt es etwa 30 Programme die ein staatliches soziales Sicherungsnetz ergeben sollen. Was sind ihrer Meinung nach die Stärken und Schwächen dieser Programme?

Binayak Sen: Erst einmal muss man sich verdeutlichen, dass die Regierung Bangladeschs etwa 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für soziale Sicherungsprogramme zur Verfügung stellt. Das ist zwar nicht schlecht, aber bei weitem noch nicht genug. Da das Geld auf alle Programme verteilt werden muss, wird deren Durchführung teilweise zu einer Art Alibifunktion.

NETZ: Was genau meinen sie mit Alibifunktion?

Sen: Ich möchte ein Beispiel dafür nennen. Eines der Programme vergibt Stipendien an Kinder aus extrem armen Familien, damit diese die Grundschule besuchen können. Als extrem arme Familien gelten solche, die mit einem täglichen Einkommen von weniger als einem Euro auskommen müssen. Durch

dieses Stipendien-Programm bekommen die Familien 1,10 Euro Unterstützung im Monat. Im Rahmen einer Forschungsarbeit habe ich eine Schule in Sirajganj besucht. Als ich damals die Schüler zählte, fiel mir auf, dass etwa 70 Prozent

„Das Hauptproblem liegt darin, dass zu wenig Mittel zur Verfügung stehen, alle Bedürftigen zu versorgen. Darum sind noch viele Menschen ohne die benötigte Unterstützung.“

Mädchen waren. Nachdem ich den anwesenden Bürgermeister darauf ansprach, zeigte er mir den Grund für die Abwesenheit der Jungen: er deutete auf zwei von ihnen, die gerade an der Straße vor der Schule Früchte, die sie in großen Körben trugen, verkauften. Dadurch können sie ungefähr 1,25 Euro am Tag verdienen. Die Unterstützung dieses Programms reicht also bei weitem nicht als Anreiz für die Familien aus, ihre Kinder zur Schule zu schicken.

NETZ: Trifft das denn auf alle Programme zu?

Sen: Nein, es gibt auch Program-

me, die den Menschen wirklich helfen. Die staatliche Altersversorgung ist ein positives Beispiel. Sie garantiert älteren Menschen, sofern sie keine andere Unterstützung bekommen, dass sie bis zum Lebensende 3,20 Euro monatlich erhalten. In Gesprächen mit Empfängern dieser Altersrente habe ich festgestellt, dass selbst dieser relativ kleine Betrag für sie einen sehr großen Unterschied machen kann. Besonders für die Ältesten und Ärmsten. Ich möchte also den Nutzen der Programme, gerade für die ärmsten Menschen, nicht in Frage stellen. Nur gebe ich zu bedenken, dass die Unterstützung nicht ausreichend ist, um an dem Niveau ihrer Armut wirklich etwas zu ändern.

NETZ: Sie sprachen gerade von extrem armen Menschen. Werden diese gezielt von den Programmen berücksichtigt und werden sie ausreichend gut erfasst?

Sen: Nun, es gibt einige Programme, die darauf zielen den Ärmsten zu helfen. Generell liegt das Problem darin, dass es sehr schwierig festzustellen ist, ob ein Mensch wirklich extrem arm ist oder nicht. Dies ist eine komplizierte Aufgabe, selbst wenn man gute Indikatoren für extreme Armut hat. An der Auswahl der Zuwendungsberechtigten sollte darum über den Gemeinderat hinaus auch die

Dorfgemeinschaft transparent beteiligt sein. So kann am ehesten garantiert werden, dass wirklich die Bedürftigsten erreicht werden.

Derzeit ist das leider oft nicht so, die Auswahlprozesse sind sehr undurchsichtig.

Einige Programme sehen vor, dass die Menschen für die Leistungen ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Für ihre harte körperliche Arbeit werden sie mit Bargeld oder Nahrung entlohnt. Die Programme „Geld für Arbeit“, „Essen für Arbeit“ oder das zur Instandhaltung von Straßen verfolgen diesen Ansatz. Natürlich sind nicht alle extrem Armen gesundheitlich in der Lage an solchen Programmen teilzunehmen.

NETZ: Denken sie, dass das Wissen um das Recht auf staatliche Unterstützung innerhalb der Bevölkerung vorhanden ist?

Sen: Inzwischen dürften alle Menschen in Bangladesch über die Existenz staatlicher Sicherungsprogramme Bescheid wissen. Die Bewusstseinsbildung muss aber stetig weiter gefördert werden. Das Hauptproblem liegt darin, dass zu wenig Mittel zur Verfügung stehen, alle Bedürftigen zu versorgen. Darum sind noch viele Menschen ohne die benötigte Unterstützung.

NETZ: Die finanziellen Mittel reichen also ohnehin nicht aus. Zusätzlich gibt es Berichte darüber, dass Gelder versickern und Korruption keine Seltenheit ist.

Sen: Leider gibt es tatsächlich be-
NETZ 3/2010

trächtliche Löcher, die auf mangelhaft konzipierte Programme zurückzuführen sind. Dieser Eindruck wurde mir bestätigt, als



Foto: Kai Fritze

ich Schulen besucht habe, die von einem Programm für weiterführende Schulbildung für Mädchen gefördert wurden. Die Schulen bekommen finanzielle Unterstützung für jedes eingeschriebene Mädchen, um deren Bildung gewährleisten zu können. Damals stellte sich heraus, dass einige Schulen alle im Ort registrierten Mädchen als eingeschult gemeldet haben, obwohl viele von ihnen die Schule nie besucht haben. Die Untersuchung ergab, dass in diesem Stipendien-Programm 35 bis 40 Prozent der Gelder unterschlagen wurden. Die Schulen hatten einen sehr großen Anreiz viele Mädchen zu melden, um mehr Gelder zu bekommen. Informationen über die

tatsächliche Schülerzahl sind zudem nur schwer durch die zuständige Schulbehörde überprüfbar.

NETZ: Und das ist kein Einzelfall?

Sen: Nein, Beispiele für solche Unzulänglichkeiten gibt es viele. Aber sie könnten auch leicht bereinigt werden, indem die Programme verbessert werden. Positive Veränderungen sind zwar schon sichtbar, aber es gibt noch eine ganze Menge Spielraum. Die Effizienz könnte zum Beispiel gesteigert werden, indem NGOs enger mit der Lokalpolitik zusammenarbeiten. Meiner Erfahrung nach funktioniert die Vernetzung der Arbeit von NGOs mit den staatlichen Sicherungsprogrammen noch immer nicht besonders gut.

NETZ: Das betrifft also in erster Linie den Aufbau und die Durchführung der Programme selbst. Was ist aber mit den politischen Strukturen?

Sen: Auch hier kann und muss die Korruption deutlich gesenkt werden. Finanzielle Hilfe könnte an die Gemeinderäte oder sogar direkt auf die Konten der Begünstigten gezahlt werden. So umgeht man den langen Weg von der Regierung über mehrere Verwaltungsebenen und verhindert, dass dabei Gelder versickern. Die Programme selber sind ohnehin so unkompliziert aufgebaut, dass sie von den Gemeinderäten alleine durchgeführt werden könnten.

NETZ: Was empfehlen sie darüber hinaus der Regierung von Bangla-



Foto: Niko Richter

Finanziert aus dem staatlichen Programm „Geld für Arbeit“: Instandhaltungsarbeiten an einer öffentlichen Straße.

desch und der internationalen Gemeinschaft, um das soziale Sicherungsnetz zu verbessern?

Sen: Da muss an vielen Stellen angepackt werden. Ganz entscheidend ist, dass Informationen zugänglich gemacht werden. Die Gemeinden sollten die zur Verfügung stehenden Mittel und die Anzahl der Begünstigten im Internet zur Verfügung stellen. So wäre eine Kontrolle der Programme von oben durchführbar. Durch die Verabschiedung des Gesetzes zum Recht auf Information im letzten Jahr sind jetzt die Möglichkeiten dafür gegeben. Da sie direkt mit den Betroffenen zusammenarbeiten, müssen NGOs, lokale Aktivistinnen und unabhängige Institute wie BIDS über die Durchführung der Programme berichten und dadurch die Qualität sichern. Auch den Geberinstitutionen, wie der Weltbank, der Europäischen Union, UNICEF und vielen anderen fällt Verantwortung zu. Sie müs-

sen Informationen über die eigenen Programme und deren Effizienz zur Verfügung stellen, um dadurch die Arbeit besser koordinieren und mit der Regierung abstimmen zu können.

NETZ: Das betrifft die Qualitätskontrolle der staatlichen Programme, so wie sie derzeit existieren. Denken sie, dass die Programme so beibehalten werden sollten?

Sen: Ich denke, dass das System von Grund auf überarbeitet werden muss. Mein wichtigster Rat ist darum der, die lokalen Behörden zu stärken. Wenn die Regierung Bangladeschs ungefähr 100.000 Euro an jeden der über 4.500 Gemeinderäte geben würde, dann wären das insgesamt 3,5 Prozent des derzeitigen Jahreshaushaltes. Lässt man diese selber entscheiden, welche Entwicklungsarbeit sie damit fördern wollen, natürlich unter vorher ausgewählten Kriterien und Beschränkungen, dann

wird das entscheidende Veränderungen in der lokalen Dynamik für gute Regierungsführung bringen. Es ist ebenso wichtig, den gewählten Vertretern auf der nächst höheren Verwaltungsebene größeren Einfluss zu geben, damit diese sich besser um die spezifischen Probleme ihrer Wähler kümmern können. Die Bevölkerungszahl Bangladeschs ist so groß, dass es für die Regierung fast unmöglich ist, die Probleme der Menschen zentral anzugehen. Die lokalen Behörden und deren gewählte Vertreter zu stärken und ein effektives Kontrollsystem von unten zu etablieren, sind die Schlüssel zu größerer Effizienz im sozialen Sicherungsnetz.

NETZ: Herr Sen, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte der NETZ-Freiwillige Kai Fritze in Dhaka.

Kontrolle von unten

Dorfgruppen erstreiten Zugang zum sozialen Sicherungsnetz

VON PETER DIETZEL UND KAI FRITZE

Mehr als 32.000 Familien hat NETZ seit 2002 im Kampf gegen den Hunger unterstützt. Im Programm „Ein Leben lang genug Reis“ haben die Frauen sich in Dorfgruppen zusammengeschlossen, an Schulungen teilgenommen und ein Startkapital erhalten. Acht Partnerorganisationen organisieren die Selbsthilfe - regional angepasst - in zehn Distrikten. Die Erfolgsquote liegt in allen Regionen, in denen das Programm mehr als drei Jahren durchgeführt wurde, bei rund 85 Prozent. So viele Familien schaffen es nachweislich, ihr Einkommen und ihre Ernährung eindeutig zu verbessern. Doch bei 15 Prozent der Familien sind die wirtschaftlichen Erfolge gering. Meist sind dies Familien, die auf das soziale Sicherungsnetz angewiesen sind. Sie profitieren auf andere Weise von den Projektaktivitäten.

Die 52-jährige Sreemoti Tuni ist seit ihrer Geburt auf einem Auge blind. Mit dem anderen sieht sie schlecht. Ihr Mann hat sie vor mehr als zehn Jahren verlassen. Selten erhält sie Arbeit bei einem Landwirt der Region, wässert Gemüse oder Obstbäume für ein paar Taka, mehr gibt es für sie nicht zu tun. Vor allem kümmert sie sich um ihre 75-jährige bettlägerige Mutter, die kaum mehr die Kraft aufbringt, selbst die Fliegen von ihrem Gesicht zu verscheuchen. Die beiden



Foto: Zahidul Karim Saifin

Gehört zu den 15 Prozent der Teilnehmerinnen im NETZ-Projekt „Ein Leben lang genug Reis“ mit geringen wirtschaftlichen Erfolgen: Sreemoti Tuni.

leben hauptsächlich von dem, was Sreemoti Tuni erhält, wenn sie mit ihrem Jutebeutel von Haus zu Haus geht und um Reis und Münzen bittet. Eine Tochter oder einen Sohn, in deren Familie sie vielleicht leben könnte, hat Sreemoti Tuni nicht. Jeder, der die Frau in ihrer Hütte besucht, ihre Mutter auf dem Lehm Boden liegen sieht und schon mal von einem sozialen Sicherungsprogramm in Bangladesch gehört hat, denkt: diese beiden gehören sicher zu den Ersten, die eine Unterstützung erhalten. Eine Rente, Lebensmittelkarten, eine monatliche Unterstützungsleistung aus dem Fonds für Menschen mit Behinderungen. Weit gefehlt. Sie haben nie etwas erhalten.

Als Ashrai, eine Partnerorganisation von NETZ, im Distrikt Joypurhat das Projekt „Ein Leben lang genug Reis“ startete, war rasch klar, dass die Bewohner des Dorfes Belamla in das Programm einbezogen werden, denn in jeder Familie lag das Pro-Kopf-Einkommen bei umgerechnet 17 Euro-Cent. Als Angehörige der indigenen Gruppe der Kormokar standen die Dorfbewohner am Rand der Gesellschaft. Angeleitet von einem Ashrai-Mitarbeiter gründeten die Frauen von Belamla vor drei Jahren eine Dorfgruppe. Auch Sreemoti Tuni gehörte dazu. Zwar fehlte sie öfters bei den Gruppentreffen, wenn sie in den Nachbardörfern bettelte. Doch ein Startkapital erhielt



Foto: Zahidul Karim Salm

Unterstützten Sreemoti Tuni und ihre Mutter beim Zugang zum staatlichen Sicherungsnetz: Frauen der Dorfgruppe in Belamla.

sie wie alle anderen Frauen. Unterstützt vom Dorfentwicklungsarbeiter und anderen Frauen der Gruppe erstand sie vier Ziegen, jede für rund 30 Euro. Es zeigte sich rasch, dass sie überfordert war, sich neben der Pflege der Mutter und ihrer Arbeit als Bettlerin auch noch angemessen um die Tiere zu kümmern. Eine Ziege starb, die anderen drei verpachtete Sreemoti Tuni an Nachbarinnen. Diese fütterten und pflegten die Tiere – und als eine der Ziegen fett genug war, um beim Verkauf einen akzeptablen Preis zu erbringen, wurde der Verkaufserlös geteilt. Ein im ländlichen Bangladesch übliches System: die Besitzerin erhält die Hälfte des Gewinns, die andere Hälfte bleibt bei der Familie, die das Tier groß gezogen hat. Immerhin nahm Sreemoti Tuni dadurch 30 Euro ein, sodass sie den Verlust der einen Ziege ausgleichen konnte und ihr Startkapital erhalten blieb. Sie gehört zu jenen 15 Prozent der Projektteilnehmerinnen, die – zumindest bislang – aus

ihrem Startkapital keinen Gewinn erwirtschaften konnten. Viel wird es aller Voraussicht nach auch in Zukunft nicht sein.

„Die Einbindung von Not leidenden Familien in das staatliche Sicherungsnetz ist ein wesentlicher Bestandteil des NETZ-Projektes“, sagt Sadeq Islam, der im NETZ-Team in Bangladesch das Programm „Ein Leben lang genug Reis“ leitet. Er erläutert: „Schon bei der Auswahl der Projektteilnehmerinnen wird die Dorfgemeinschaft einbezogen, um zu gewährleisten, dass wirklich die ärmsten Menschen der Region erfasst werden und niemand, der die Unterstützung wirklich nötig hat, ausgeschlossen wird.“ Etwa 3,5 Prozent der Bevölkerung Bangladeschs sind nicht oder nur sehr begrenzt in der Lage zu arbeiten, ähnlich wie Sreemoti Tuni. Sie sind auf das soziale Sicherungssystem angewiesen. Doch auch andere Familien quälen sich unmenschlich für das tägliche Überleben ab,

wenn sie keine Unterstützung aus dem sozialen Sicherungsnetz erhalten, etwa allein erziehende Mütter. Besonders gravierend ist dies, wenn die Armutsursachen vielfältig sind. Folgende Faktoren spielen eine Rolle: soziale Ausgrenzung und wirtschaftliche Ausbeutung aufgrund ethnischer Zugehörigkeit, eigenes Land oder sonstige Produktionsmittel sind nicht vorhanden, nur ein Familienmitglied kann einer Erwerbsarbeit nachgehen, keine oder geringe schulische Bildung, reduzierte Arbeitskraft durch chronische Mangelernährung oder durch eine Behinderung, kein Zugang zum Rechtssystem, geografische Randlage und Regionen, die besonders anfällig sind für Naturkatastrophen.

Diese Faktoren sind entscheidend für die Auswahl der Dörfer im Projekt „Ein Leben lang genug Reis“. Alle Frauen, die in den Dorfgruppen teilnehmen, werden über ihre Rechte informiert und

darin geschult, wie sie diese in Anspruch nehmen können. Sadeq Islam berichtet aus seiner Erfahrung: „Entscheidend ist dabei der Zusammenhalt in der Dorfgruppe. Dieser stärkt das Selbstbewusstsein der Frauen.“ Wenn dieser Prozess fortgeschritten ist, unterstützt der zuständige Dorftwicklungsarbeiter die Frauen dabei, ihr Recht auf Zugang zum staatlichen Sicherungsnetz beim Gemeinderat vorzutragen. Sadeq Islam berichtet: „Im Projekt ‚Ein Leben lang genug Reis‘ haben bereits 6.219 Familien Lebensmittelkarten aus dem staatlichen Programm erhalten.“ Der Dorfgruppe in Belamla gelang es, dass Sreemoti Tuni monatlich rund 3,20 Euro Behindertenbeihilfe erhält und ihre Mutter denselben Betrag als Witwenrente.

Die Herausforderung in den nächsten Jahren besteht darin, dass die Dorfgruppen eigenständig ihre Interessen gegenüber dem Gemeinderat vertreten, ohne Unterstüt-

zung durch Mitarbeiter von NGOs. Einige Gruppen schaffen es bereits, dieses Recht auf Zugang zum staatlichen Sicherungsnetz selbständig zu erstreiten, auch unabhängig davon, ob eine betroffene Familie der Dorfgruppe angehört oder nicht.

Wenn die Armutursachen vielfältig sind, müssen es die Strategien zu ihrer Überwindung auch sein. Die Überwindung des Hungers steht für die Frauen an erster Stelle. Für die ärmsten Familien heißt dies: Zugang zur sozialen Sicherung. Als weitere Ziele benennen die Frauen in ihren Gruppentreffen: Bildung für die Kinder, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Zugang zum Gesundheits- und Rechtssystem. 32.000 Frauen im Projekt „Ein Leben lang genug Reis“ – samt Partnerorganisationen und NETZ – warten nicht darauf, bis irgendwann „gute Regierungsführung“ praktiziert. Sie haben begonnen, selbst eine Kontrollfunktion in ihren Dörfern zu übernehmen. Die

sozial Schwächsten wie Sreemoti Tuni, die alleine nie ihr Recht auf Zugang zum sozialen Sicherungsnetz durchsetzen könnten, profitieren davon.



Peter Dietzel arbeitet seit 29 Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit mit Bangladesch.



Kai Fritze macht seit August 2010 einen einjährigen entwicklungspolitischen Freiwilligendienst bei der NETZ-Partnerorganisation Jagorani Chakra Foundation.

Zwei Fragen an NETZ-Mitarbeiter Sadeq Islam



Foto: Kai Fritze

halten. Wo liegen die größten Schwierigkeiten?

Sadeq Islam: Natürlich kämpft NETZ mit seinen Partnerorganisation vor allem gegen die Probleme des staatlichen Systems: Korruption, nicht transparente Auswahlprozesse der Bedürftigen und undurchsichtige Ziele der staatlichen Programme. Von heute auf morgen können wir die politische Kultur in Bangladesch nicht verändern. Leider bleibt uns manchmal nichts anderes übrig, als in den bestehenden Verhältnissen zu arbeiten. Doch durch den Aufbau von Selbsthilfeinstitutionen der ärmsten Bevölkerung gehen wir die Herausforderung an.

NETZ: Schwächen staatliche Sicherungsprogramme die Solida-

rität innerhalb der Dorfgemeinschaft?

Islam: Das kann man durchaus so sehen. Einige Menschen eines Dorfes erhalten Unterstützung, andere nicht. Das führt zwangsläufig dazu, dass sich einige benachteiligt fühlen und Missgunst entsteht. Verstärkt wird dies, wenn der Eindruck entsteht, dass Bestechung oder die politische Gesinnung ausschlaggebend für den Zugang zum sozialen Sicherungsnetz waren. NETZ steuert in seinen Projekten gezielt dagegen an, indem die gesamte Dorfgemeinschaft an der Auswahl der Bedürftigsten beteiligt ist. Missgunst kann aber dennoch entstehen, insbesondere bei den reicheren und einflussreicheren Personen, die um ihre privilegierte Stellung bangen.

MELDUNGEN AUS BANGLADESCH

Prügelstrafe an Schulen

Schüler in Bangladesch dürfen von ihren Lehrern nicht mehr geschlagen werden. Bildungsminister Syed Aatur Rahman erklärte im August 2010, die Regierung habe erkannt, dass körperliche Strafen unmenschlich sind. Zudem können Kinder aus Angst davor abgehalten werden zum Unterricht zu gehen. Der offiziellen Erklärung der Regierung war eine Entscheidung des High Courts vorausgegangen. Darin fordert das Gericht die Regierung auf, entschieden gegen körperliche Gewalt an Schulen vorzugehen. Die Menschenrechtsorganisationen BLAST und Ain o Salish Kendra hatten Klage eingereicht. Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF hatte im Oktober 2009 berichtet, dass rund 90 Prozent der 30 Millionen Schulkinder in Bangladesch geschlagen werden. Im März 2010 sorgte ein Fall für Aufsehen, bei dem eine Schuldirektorin acht Kinder so schwer verprügelt hatte, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten. Die Mädchen und Jungen hatten ihre Farbstifte vergessen. (ph)

Erneut Angriffe auf Ahmadiyyas

Mitte August 2010 sind zehn Häuser der Ahmadiyyas, einer muslimischen Minderheit, in einem Dorf in der Nähe der nördlich von Dhaka gelegenen Stadt Tangail geplündert worden. Die Mitglieder der Ahmadiyya planen in dem Dorf eine eigene Moschee errichten. Schon bei der Grundsteinlegung wenige Tage zuvor waren

zehn Personen angegriffen worden. Besonders in den Jahren 2005 bis 2007 wurden Einrichtungen der Ahmadiyya in Bangladesch regelmäßig von gewalttätigen islamistischen Gruppen angegriffen. Diese forderten von der Regierung, die Ahmadiyya zu einer unislamischen Glaubensgemeinschaft zu erklären, da ihre Ansichten von den Lehren des Islam abweichen würden. Hinter den erneuten Attacken stecken Medienberichten zufolge Mitglieder der verbotenen Gruppe International Khatme Nabuat, einer Anti-Ahmadiyya-Bewegung, die schon für die erste Welle von Angriffen verantwortlich war. (ph)

Vermutliche Kriegsverbrecher festgenommen

Am 26. Juli 2010 wurden Haftbefehle gegen vier ranghohe Funktionäre der islamistischen Partei Bangladesh Jamaat-e-Islami, darunter auch Parteichef Matiur Rahman Nizami, vom Sondertribunal zur Aufklärung der Kriegsverbrechen im Unabhängigkeitskrieg von 1971 ausgesprochen. Den Angeklagten wird vorgeworfen, im Unabhängigkeitskrieg an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen zu sein. Die Partei unterstützte damals die berüchtigten Razakar und Al-Badr, zwei bewaffnete Gruppierungen, die gegen die Freiheitskämpfer vorgingen. Im Unabhängigkeitskrieg sind bis zu drei Millionen Menschen umgekommen. Intellektuelle, Studenten und Angehörige religiöser Minderheiten, vor allem der Hindus, waren gezielt ermordet worden. Das Sondertribunal ist Ende März 2010 eingerichtet

worden, um die Kriegsverbrechen aufzuarbeiten. (ph)

Menschenrechtskommission untersucht Polizeigewalt

In ihrer ersten Sitzung hat die im Juni 2010 personell neu besetzte Nationale Menschenrechtskommission erklärt, sich besonders dem Thema Polizeigewalt und Gewalt durch Sicherheitskräfte anzunehmen. Seit Jahren kritisieren bangladeschische und internationale Menschenrechtsorganisationen Polizeigewalt in Bangladesch, vor allem die außergerichtlichen Tötungen bei Einsätzen, aber auch Gewalt in Gefängnissen. Die Menschenrechtsorganisation Ain o Salish Kendra hat bereits für das erste Halbjahr 2010 insgesamt 61 Todesopfer während Einsätzen von Sicherheitskräften gezählt. 41 Personen sind im selben Zeitraum in Polizeigewahrsam gestorben. Die von der Awami League geführte Regierung hatte zu Beginn ihrer Amtszeit Anfang 2009 angekündigt, entschlossen gegen Polizeigewalt vorzugehen.

Die seit Juni 2010 neu besetzte Menschenrechtskommission um den Vorsitzenden Mizanur Rahman ist eigenen Angaben zufolge aufgrund mangelnder personeller Ausstattung weiterhin nicht in der Lage, Fälle von Menschenrechtsverletzungen angemessen zu verfolgen. Aus diesem Grund sei es der Kommission seit der personellen Neubesetzung nicht möglich gewesen, Untersuchungen durchzuführen oder Rechtsberatung zu leisten. Die Arbeit der Kommission besteht bisher darin Pressemeldungen zu ver-



Foto: NEIZ

Tauschen sich zur Arbeit von NETZ aus: Außenministerin Dr. Dipu Moni und NETZ-Mitarbeiter Dirk Saam.

öffentlichen und Handlungsempfehlungen auszusprechen. Vertreter der Zivilgesellschaft kritisierten die Ankündigung der Regierung als unzureichend, die Kommission mit nur 28 Mitarbeitern auszustatten. Die Kommission hatte 65 Mitarbeiter gefordert. (ph, ds)

Bangladeschische Außenministerin in Deutschland

Seit Anfang 2009 leitet Dr. Dipu Moni als erste Frau das Außenministerium von Bangladesch. Bei einem viertägigen Besuch vom 31. August bis 3. September 2010 in Deutschland traf sie auch NETZ-Mitarbeiter Dirk Saam in Berlin. Im Gespräch betonte die Außenministerin, dass ihr Kabinett den Anspruch einer transparenten Regierungsführung habe. Bangladesch, so Dipu Moni, sei auf dem richtigen Weg, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken und die Einhaltung von Menschenrechten im Einklang mit unterzeichneten UN-Konventionen zu gewährleisten.

Zuvor hatte die Außenministerin mit Bundesentwicklungsminister NETZ 3/2010

Dirk Niebel über die Intensivierung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit gesprochen. Dabei ging es um die Schwerpunkte Energieversorgung, Gesundheitswesen und gute Regierungsführung. Im Mittelpunkt ihres Treffens mit Außenminister Guido Westerwelle standen der internationale Klimaschutz sowie der Ausbau der Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern. (nr)

Energiepolitik

Am 26. September 2010 wurde in Bangladesch ein Gesetzesentwurf ins Parlament eingebracht, der es der Regierung erlauben soll, Projekte zur Energieförderung im Schnellverfahren zu bewilligen. Mit dieser Maßnahme soll verhindert werden, dass Gerichte solche Projekte prüfen und gegebenenfalls verzögern. Die schnelle Umsetzung soll dazu beitragen, Bangladeschs aktuelle Energiekrise zu lösen. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes könnte es ermöglicht werden, strittige Energieprojekte wie den Kohleabbau voranzutreiben. Zivilgesellschaftliche Akteure in Bangladesch machen regelmäßig auf die sozialen und ökologischen Folgen des Kohleabbaus aufmerk-

sam. Rechtsexperten kritisieren das Vorgehen der Regierung als nicht verfassungskonform. (ds)

Stärkung extrem armer Kinder

Die Regierung hat neue Richtlinien zum Umgang mit extrem armen Kindern erstellt. Ein Schwerpunkt darin ist, für die Mädchen und Jungen verstärkt den Zugang zu Dienstleistungen und zum sozialen Sicherungsnetz zu gewährleisten sowie ihre Rechte zu schützen. Die Richtlinie definiert Kinder als Menschen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und orientiert sich an der UN-Kinderrechtskonvention. Unter 14-jährige dürfen gemäß der neuen Richtlinien nicht mehr als Vollzeit-Beschäftigte tätig sein, beispielsweise als Haushaltskräfte. Zudem soll der Zugang zu Bildungseinrichtungen verbessert werden. Für Kinder indigener Minderheiten soll vermehrt Unterricht in ihrer Muttersprache angeboten werden und Gesundheitsdienstleistungen sollen insgesamt kinderfreundlicher gestaltet werden. Die Regierung will einen Kinderbeauftragten berufen, der die Umsetzung der UN-Kinderechtskonvention überwachen soll. (ds)

Meldungen zusammengestellt von: Patrizia Heidegger (ph), Niko Richter (nr) und Dirk Saam (ds).

AKTIONSGRUPPE

Zehn Jahre Partnerschaft mit Bangladesch

„Die Erfahrung, selbst etwas bewegen zu können und das, was ungerecht ist, durch eigenes Verhalten auszugleichen oder wieder gut zu machen, ist das wichtigste an unserer Partnerschaft mit Bangladesch“, so Julia Krüger, Lehrerin am Michael-Ende-Gymnasium in Tönisvorst bei Krefeld. Das



Foto: Eva Manke

Sponsorenlauf 2010: Gemeinsam unterwegs mit den Gästen aus Bangladesch.

Engagement der Schülerinnen und Schüler, ihrer Eltern, der Lehrkräfte, der vielen ehrenamtlich Aktiven und Sponsoren ist keine Selbstverständlichkeit. Seit zehn Jahren ist Bangladesch im Lehrplan der 5. bis 13. Klasse verankert. Außerunterrichtlich finden Theaterworkshops, Ausstellungen und Veranstaltungen statt. Zudem arbeitet die Schule auch

im Rahmen des entwicklungspolitischen Schulaustauschprogrammes mit NETZ zusammen.

„Das Wissen und die Erfahrungen sind hier nicht anonymisiert oder versachlicht. Der kontinuierliche Austausch und unsere Partnerschaft in Bangladesch trägt zu einer intensiven Schulerfahrung bei, die uns allen

Spaß macht“, so Julia Krüger. Am 10. September 2010 haben rund 670 Schülerinnen und Schüler ihren jährlichen Sponsorenlauf durchgeführt. Mit ihnen waren fünf Jugendliche und zwei NGO-Mitarbeiter aus Bangladesch auf der 10 km langen Strecke unterwegs. Seite an Seite sind sie gelaufen, um

Menschen in Bangladesch zu unterstützen, die in Armut leben. Den Erlös von mehr als 10.000 Euro spendet die Schule an Selbsthilfeprojekte von NETZ.

Rückblick des Michael-Ende-Gymnasiums

„Das im Unterricht sowie in außerunterrichtlichen Veranstaltungen vermittelte Wissen zu Bangladesch ist nur die eine Seite. Genauso wichtig ist unser gemeinsames Handeln. Zum Beispiel unsere Sponsorenläufe. Daran waren in den vergangenen zehn Jahren fast 8.000 Schülerinnen und Schüler beteiligt, die rund 60.000 km zurückgelegt haben. Tatkräftig unterstützt wurden sie dabei von über 100 Müttern und Vätern, abgesichert von Ehrenamtlichen des Deutschen Roten Kreuzes und motiviert durch

das komplette Lehrerkollegium. Mit den Erlösen aus den St. Martins-Aktionen haben wir eine Slumschule in Dhaka aufgebaut und zwei Jahre lang mitfinanziert, den Bau von 13 Dorfschulen unterstützt und 302 Mädchen und Jungen den Schulbesuch ermöglicht. Seit 2009 haben wir eine feste Partnerschule im Dorf Rupapur im Joypurhat-Distrikt in Bangladesch, die von einer Gruppe unserer Schülerinnen und Schüler im Herbst 2009 besucht wurde. Durch die Einnahmen unserer Sponsoren-

läufe erhielten 145 Jugendliche eine Handwerksausbildung und 2.287 Jugendliche konnten an Alphabetisierungskursen teilnehmen. Zudem wurden 2.630 Menschenrechtsverteidigerinnen geschult. Seit 2008 unterstützen wir im Rahmen des NETZ-Projektes „Ein Leben lang genug Reis“ 154 Familien auf den Schwemmlandinseln im Norden Bangladeschs. Auf diese beeindruckende Bilanz ist die gesamte Schulgemeinde sehr stolz.“

Ein klares Signal gegen Armut



Stehen auf gegen Armut: Schulkinder der Uttedor Sakhya Dorfsschule.



Für NETZ in Berlin: Anna Bucur.

Viele Menschen in Bangladesch, Deutschland und Österreich haben bei Mitmachaktionen von NETZ im Rahmen der Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“ von Juni bis September 2010 gezeigt: Wir engagieren uns im Kampf gegen Armut – unentwegt und verbindlich!

„Stand Up“ mit WeltKlasse!-Partnern

2.500 Menschen waren gemeinsam mit NETZ anlässlich der weltweiten „Stand Up“-Aktionstage vom 17. bis 19. September 2010 aktiv. Mit Unterstützung der Partnerorganisationen in Bangladesch wurde die Aktion zu einem großen Gemeinschaftsprojekt: 1.600 Schulkinder an den Partnerschulen und weiteren Grundschulen in Bangladesch richteten durch ihr gemeinsames Aufstehen ein klares Signal aus den Dörfern an die internationale Gemeinschaft. Ihr Banner mit der Aufschrift „Deine Stimme gegen Armut“ in bengalischer und deutscher Sprache war das verbindende Element der Aktion, an dem sich auch deutsche Partnerschulen und Aktionsgruppen beteiligten. So waren in Baden-

Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen mehr als 850 Menschen in Schulen, Kirchengemeinden, Weltläden und Fußgängerzonen dabei. Weltweit gab es in diesem Jahr tausende eindrucksvolle Aktionen in 74 Ländern mit Millionen von Beteiligten.

Jeder Schritt gegen Armut zählt

Das dachte sich das Wetzlarer Aktionsbündnis „Deine Stimme gegen Armut“, ein Zusammenschluss lokaler Vereine, und ging am 4. September 2010 beim städtischen Brückenlauf an den Start. 15 unermüdliche Läuferinnen und Läufer rannten im NETZ-Team bis zum Abpfiff. Sie forderten von der Bundesregierung konkrete Schritte zur Armutsbekämpfung. Unterstützt wurden sie von Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 6 der August-Bebel-Gesamtschule. Auch sie waren nicht zu stoppen: 103 Runden und 206 Kilometer legten sie gemeinsam zurück. Die errungenen Sponsorengelder aus dem Lauf kommen Schulkindern im NETZ-Bildungsprogramm zugute. Ein bei-

spielhafter Beitrag zur Erreichung des 2. Millenniumsziels, der Gewährleistung allgemeiner Grundschulbildung für alle Kinder.

Bundesweit 740.000 Stimmen

Ihre Stimme gegen Armut gaben seit Beginn der Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“ bundesweit mehr als 740.000 Bürgerinnen und Bürger. Bei einer Pressekonferenz in Berlin am 16. September 2010 wurden die Stimmen auf einer großen Deutschlandkarte präsentiert. „Jede und jeder von uns hat eine Stimme, die sie oder er gegen Hunger und für mehr Gerechtigkeit auf der Welt einsetzen kann. Bei den Aktionen wird Partnerschaft direkt spürbar“, resümiert NETZ-Mitarbeiterin Anna Bucur zum Abschluss der diesjährigen Aktionen gegen Armut.

Der Dank gilt allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für ihren wertvollen Einsatz.

Bilder aller Aktionen im Jahr 2010 gibt es auf www.bangladesch.org/dsga2010



Foto: Felicitas Quatmann

Ein Jahr in Bangladesch verändert: Die aktuellen NETZ-Freiwilligen.

FREIWILLIGENDIENST

Engagement in Bangladesch

„Durch NETZ habe ich die Möglichkeit, aktiv an der Umsetzung von sozialer Gerechtigkeit mitzuwirken – dort wo es am nötigsten ist.“ So beschreibt Anna-Lena Meiners kurz und prägnant ihre Motivation für die Teilnahme am einjährigen Freiwilligendienst mit NETZ in Bangladesch. Seit August 2010 leisten sieben junge Menschen einen entwicklungspolitischen Freiwilligendienst in Bangladesch. NETZ stellt sie hier kurz vor – von links:

Die 19-jährige Dresdnerin **Bianca Andersch** hat im Juni ihr Abitur abgelegt. In Bangladesch unterstützt sie die Arbeit von Udayan Swabolombe Sangstha im Bildungsbereich.

Lukas Jednicki ist 28 Jahre alt, von Beruf Dolmetscher/Übersetzer und Musiker. Er unterstützt Gana Unnayan Kendra im Grundbildungs-

bereich an Schulen im Gaibandha-Distrikt.

Anna-Lena Meiners ist 19 Jahre alt und hat im Juni 2010 ihr Abitur in Lohne gemacht. In Bangladesch arbeitet sie hauptsächlich in Bildungsprojekten von Sabalamby Unnayan Samity mit.

Insa Bloem, 25 Jahre alt, studiert seit drei Jahren Indologie und Soziologie an der Universität Hamburg. In Bangladesch leistet sie einen Beitrag zur Menschenrechtsarbeit von Ain o Salish Kendra.

Der 28-jährige **Kai Fritze** hat Politikwissenschaft und Philosophie an den Universitäten Oldenburg und Mailand studiert. In Bangladesch arbeitet er bei Jagorani Chakra Foundation im Bereich Selbsthilfe für die Ärmsten mit.

Jana Fahrig ist 24 Jahre alt und studiert an der Universität Hamburg Sprachen und Kulturen Indiens und Soziologie. In Bangladesch unterstützt sie die Arbeit von Polli Sree im Bereich Selbsthilfe für die Ärmsten und indigene Minderheiten.

Die Erfurterin **Rosa Hopp** ist 18 Jahre alt und hat im Sommer ihr Abitur abgelegt. In Bangladesch arbeitet sie nun für ein Jahr bei Ashrai im Bereich Grundbildung mit.

Die Freiwilligen berichten regelmäßig auf: www.bangladesch.org/tagebuch

Weitere Informationen zum Freiwilligendienst 2011 (Bewerbungsfrist 15.12.2010) erhalten Sie von:

Niko Richter

Tel.: 06441-26585

E-Mail: richter@bangladesch.org

Grillfest, Disko und Spendenkuh Berta



Foto: Anja Scholz

Übergeben Spendenkuh Berta an NETZ: Marc Crone und Karla Keiner vom Team des Bistro Lahnblick.

Ideenreichtum und Tatkraft bündelt das Team vom Haus Sandkorn und des Bistros Lahnbrücke in Wetzlar. Die Besucherinnen und Besucher der sozialen Einrichtungen der Diakonie Lahn Dill spendeten die Einnahmen ihres jährlichen Grillfestes für das NETZ-Projekt „Ein Leben lang genug Reis“ und organisierten eine Disko mit bengalischem Flair. Das Team des Bistros Lahnblick bastelte die Spendenkuh Berta. Karla Keiner vom Bistro-Team berichtet: „Mit der Kuh Berta sammelten wir Spenden und nun übergeben wir sie an NETZ. So können auch andere Gruppen die Kuh nutzen, wenn sie für das Projekt ‚Ein Leben lang genug Reis‘ Aktionen planen. Die Kuh steht symbolisch für das Startguthaben, das die Frauen in Bangladesch im Selbsthilfeprojekt erhalten.“

AUSZEICHNUNG

Hessischer Verdienstorden



Foto: eblatt

Verleiht den Orden an Nia Künzer: Damaliger Ministerpräsident Roland Koch.

Nia Künzer wurde am 19. August 2010 mit dem Hessischen Verdienstorden für ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet, unter anderem für ihr Engagement bei NETZ. Seit 2003 hat sie sich in vielen öffentlichen Veranstaltungen für die Bildung der Mädchen in Bangladesch und für die Verbesserungen ihrer Lebensbe-

dingungen eingesetzt. Nia Künzer stammt aus Wetzlar und gewann mit der Fußballmannschaft 1. FFC Frankfurt jeweils siebenmal die deutsche Meisterschaft und den DFB-Pokal. Im Finale der Weltmeisterschaft 2003 schoss sie das entscheidende Siegtor in der Verlängerung im Spiel Deutschland gegen Schweden.

AKTION IN FREIBURG

Waren einpacken für WeltKlasse!

40 Schülerinnen der Eine-Welt-AG des St. Ursula Gymnasiums in Freiburg standen am Nachmittag des 23. Juli 2010 an den Kassen eines lokalen Einkaufsmarktes. Gegen eine Spende für ihre Partnerschule in Bangladesch packten sie den Kunden die Einkaufstüten. Innerhalb von vier Stunden sammelten sie so viel Geld, um den Unterricht für die 30 Mädchen und Jungen an der Partnerschule für fünf Monate zu finanzieren.

Texte zusammengestellt von Anna Bucur und Anja Scholz.



Märtyrer-Denkmal des Unabhängigkeitskrieges

Offiziellen Angaben zufolge verloren im Unabhängigkeitskrieg 1971 bis zu drei Millionen Menschen in Bangladesch ihr Leben. Unter ihnen auch viele Gebildete: Akademiker, Schriftsteller, Journalisten und Ärzte. Die pakistanische Armee und ihre Verbündeten gingen gezielt gegen die gesellschaftliche Elite des Landes vor. Alleine am

14. Dezember 1971, zwei Tage vor Kriegsende, wurden Hunderte Menschen hingerichtet und das Land einer ganzen Generation ihrer gesellschaftlichen Elite beraubt. Zu ihrem Gedenken wurde 1999 das Martyred Intellectual Memorial in Dhaka errichtet.

Der Krieg hatte begonnen

Zeitzeugenbericht 1971

VON MEGHNA GUHATHAKURTA

Im Jahr 1971 war ich 14 Jahre alt und besuchte die 10. Klasse. Mein Vater Shahid Dr. Jyotirmay Guhathakurta war Professor am Institut für Anglistik der Universität von Dhaka, meine Mutter Basanti Guhathakurta Direktorin einer Schule für Mädchen. Im Jahr zuvor war mein Vater in den Verwaltungsrat der Universität berufen worden und so zogen wir in ein Haus auf dem Universitätsgelände. Abu Sayeed Chowdhury war Vizekanzler der Universität und bereits seit Schultagen ein Freund meines Vaters. Auf dem Gelände gab es nach Religionszugehörigkeit getrennte Wohnbereiche: für Muslime und für Hindus. Wir lebten in der Jagannath Hall. Unsere Wohnung war direkt gegenüber dem Shahid Minar gelegen, dem Denkmal, das zum Gedenken an die Märtyrer der Sprachbewegung errichtet worden war. Von hier gingen damals viele politische Aktivitäten aus.

Im März 1971 setzte der pakistanische Präsident Yahya Khan die konstitutive Sitzung des neugewählten Parlaments aus. Aus Protest zogen



Erinnerung an glücklichere Tage: Meghna Guhathakurta gemeinsam mit ihren Eltern im Jahr 1966.

die Menschen auf die Straßen und legten Feuer. Am 7. März begann schließlich der zivile Ungehorsam. Viele Studentinnen und Studenten verließen das Universitätsgelände und schlossen sich der Bewegung an. Meinem Vater wurde geraten, aus Sicherheitsgründen unterzutauchen. Doch solange noch Stu-

denten an der Universität waren, wollte er diese nicht verlassen.

Zu diesem Zeitpunkt fanden Verhandlungen zwischen Zulfikar Ali Bhutto und Sheikh Mujibur Rahman statt, an deren Erfolgsaussichten mein Vater jedoch nicht glaubte. Bhutto hielt sich hierfür mit einer Delegation in Dhaka auf. In dieser Nacht (Anm. d. Red.: 25. März 1971) hörten wir immer wieder heftige Schusswechseln. Wir wussten, dass der Krieg begonnen hatte. Mein Vater fand keine Ruhe und konnte nicht schlafen. Wir verschlossen alle Eingänge zu dem dreistöckigen Wohnhaus, in dem unsere Wohnung im Erdgeschoss lag. Trotz der Warnungen meines Vaters schaute meine Mutter aus dem Fenster. Sie sah, wie eine Fahrzeugkolonne mit be-

waffneten Soldaten in den Campus eindrang. Studenten versuchten verzweifelt Bäume zu fällen, um mit Straßenblockaden den Einmarsch der Soldaten zu stoppen.

Bewaffnete Soldaten hämmerten an die Wohnungstüren der Universitätsmitarbeiter und forderten sie

schreiend auf, ihre Häuser zu verlassen. Sie kamen auch zu uns, verhafteten meinen Vater ohne Erklärung und zogen ihn ins Freie. Die Soldaten fragten nach männlichen Kindern im Haus. Meine Mutter verneinte und entgegnete, dass nur eine Tochter im Haus sei. Sie fügten meiner Mutter und mir keinen Schaden zu, aber wir waren in Panik und fassungslos.

Professor Maniruzzaman vom Fachbereich für Statistik, sein 16-jähriger Sohn und zwei weitere Familienmitglieder wurden aus dem Gebäude geschleift und erschossen. Auch mein Vater wurde niedergeschossen. Die Soldaten wollten von ihm Namen und Religion wissen. Als er sagte, dass er Hindu sei, schossen sie auf ihn. Sie hatten Befehl erhalten, alle Männer im Alter ab 18 Jahre zu töten. Professor Razak und seine Familie halfen uns, meinen Vater ins Haus zu tragen, da er wegen der Schussverletzung nicht mehr gehen konnte. Einige Soldaten durchsuchten das Haus und verhörten uns. Sie waren auf der Suche nach Sheikh Mujibur Rahman. Wir hatte große Angst, kannten wir doch nicht die Antwort auf ihre Frage.

Mein Vater blutete stark, aber wegen der Ausgangssperre konnten wir ihn weder in dieser Nacht noch am nächsten Morgen in ein Krankenhaus bringen. Erst am 27. März wurde die Ausgangssperre kurz ausgesetzt und mein Vater konnte ins Krankenhaus. Das Gebäude war voller Verwundeter, viele von ihnen kannten wir von der Universität. Es gab keinen Platz für meinen Vater, weshalb er in einen Flur gelegt wurde. Der Arzt sagte uns, dass seine Verwundung sehr ernst sei. Er starb am Morgen des 30. März.

Wir waren nicht einmal in der Lage, den Leichnam meines Vaters mitzunehmen, da das Krankenhaus voller Soldaten war. Sie stoppten den

Krankenwagen mit seinem Leichnam. Meine Mutter benötigte eine Sterbeurkunde, um an den Vorsorgefonds meines Vaters zu gelangen. Ein Arzt stellte ihr die Urkunde aus und attestierte als Todesursache Lungenentzündung. Erst nach dem Ende des Unabhängigkeitskrieges wurde ihr die richtige Sterbeurkunde ausgehändigt.

Einer der Ärzte im Krankenhaus gewährte uns für einen Monat in seinem Haus Unterschlupf. In den darauf folgenden neun Monaten wohnten wir an insgesamt zehn verschiedenen Orten. Meine Mutter fand unter anderem Namen Arbeit in einem Krankenhaus. Ich wurde in einem Waisenhaus in einem Dorf untergebracht. Man sagte mir, dass ich mich wie eine Dorfbewohnerin benehmen solle und gab mir den christlichen Namen Monika Rosario. Hier blieb ich für einen Monat.



Meghna Guhathakurta ist Geschäftsführerin von Research Initiatives Bangladesh. Mit NETZ arbeitet sie eng zu entwicklungspolitischen Themen zusammen. Ihr Zeitzeugenbericht erschien erstmals in: „Reconstructing History: Memories, Migrants and Minorities.“ Heinrich Böll Stiftung Pakistan, 2009.

Übersetzung: Niko Richter

SÜDASIEN

Zeitschrift des Südasiensbüro e.V. in Bonn

Aktuelle Berichte und
Themenschwerpunkte aus

**Südasiens:
Afghanistan
Bangladesch
Bhutan
Indien
Nepal
Pakistan
Sri Lanka**

SÜDASIEN berichtet viermal jährlich über politische und wirtschaftliche Ereignisse, über Militarisierung und regionale Konflikte, Ökologie und Industrialisierung, Frauen, Landwirtschaft, Menschenrechte und Medien.

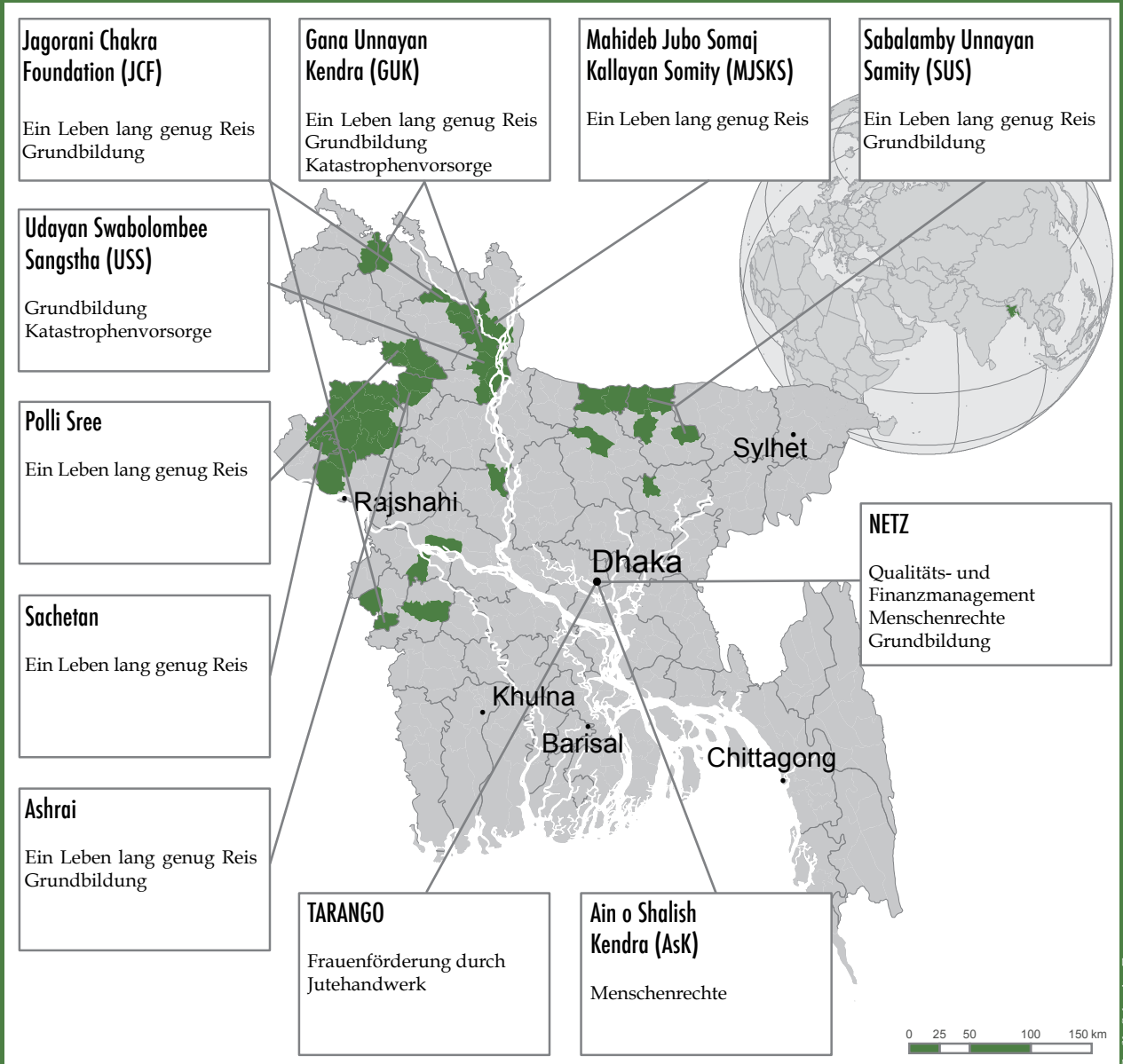
**Die Zeitschrift kann
bestellt werden bei:**

SÜDASIEN
Postfach 140 110
53056 Bonn
Tel. 0176 – 26100979
E-Mail: [suedasiensbuero@
suedasien.de](mailto:suedasiensbuero@suedasien.de)

Bezugsbedingungen der
Zeitschrift:
Einzelheft: 6,50 Euro
Doppelheft: 13 Euro

Jahresabonnement:
Inland: 26 Euro
Ausland: 32 Euro

Partner und Projekte, die von NETZ unterstützt werden



Grafik: Sebastian Zug

Projektbereiche

„Ein Leben lang genug Reis“ unterstützt die 20% ärmsten Familien, damit sie dauerhaft ein Einkommen erwirtschaften. So können sie für Nahrung, Kleidung und Gesundheit sowie Bildung ihrer Kinder sorgen. Selbsthilfe-Strukturen werden aufgebaut.

Grundbildung ist das Handwerkszeug für eine bessere Zukunft. An den von NETZ unterstützten Schulen lernen Mädchen und Jungen u.a. Lesen, Schreiben und Rechnen.

Menschenrechte: NETZ kämpft für die Rechte der Ärmsten in den Dörfern. Auf nationaler Ebene engagiert sich NETZ, dass Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sowie Organisationen der Zivilgesellschaft wirksam arbeiten können.

Katastrophenvorsorge: NETZ hilft den Menschen beim Kampf gegen den Hunger nach einer Katastrophe und beim Schutz vor künftigen Überschwemmungen.



Foto: Rolf K. Wegst

Hilfe zur Selbsthilfe: Ein Leben lang genug Reis!

NETZ unterstützt die ärmsten Familien darin, sich dauerhaft aus der Not zu befreien. Durch das Projekt „Ein Leben lang genug Reis“ können die Familien dauerhaft ein Einkommen erzielen – für Nahrung, Kleidung sowie die Bildung ihrer Kinder.

- **Die Mütter erhalten ein Startkapital:** Hühner, eine Kuh oder die Pachtgebühr und Saatgut für ein Stück Land.
- **Sie nehmen an Schulungen teil:** in Gemüseanbau, Tierhaltung, Hygiene und Katastrophenvorsorge.
- **Sie organisieren sich in Dorfgruppen;** so wehren sie sich gegen Gewalt und Unrecht.
- **Sie schicken ihre Kinder regelmäßig zur Schule.**
- **Mitarbeiter der NETZ-Partnerorganisationen kommen regelmäßig ins Dorf,** um die Frauen zu beraten.

Nach drei Jahren haben sie sich eine eigene kleine Existenz aufgebaut und können für sich und ihre Kinder Reis erwirtschaften. Das Projekt wird durch das deutsche Entwicklungsministerium und die EU gefördert. Das heißt: Für jeden Spenden-Euro kommen insgesamt vier einer Familie zugute.

Mit einer Spende von 65 Euro helfen Sie einer Familie, den Hunger zu besiegen – dauerhaft.

Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:
Geprüft • Empfohlen

Das DZI, der deutsche „Spenden-TÜV“, hat NETZ das Spenden-Siegel verliehen. Es steht für einen sorgsamsten Umgang mit den uns anvertrauten Spenden. Selbstverständlich erhalten Sie eine Spendenquittung.

Spendenkonto Nr. 62 62

Volksbank Mittelhessen BLZ 513 900 00

IBAN: DE82 513 900 0000 0000 6262

BIC: VB MH DE 5F

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit

NETZ
বাংলাদেশ

Moritz-Hensoldt-Str. 20 / D-35576 Wetzlar

06441 - 26585 / netz@bangladesch.org

www.bangladesch.org